



Lokales

## CDU fordert bessere Unterstützung vom Land

### Flüchtlinge: Für den kommunalen Haushalt ergibt sich ein Bedarf von 4,5 Millionen Euro

Rheda-Wiedenbrück (pok). Der Bürgermeister stimmt der "Resolution zur besseren organisatorischen und finanziellen Unterstützung der Flüchtlingsversorgung" zu, die die CDU-Fraktion im Hauptausschuss verteilt hat. "Mit den derzeitigen Regelungen können wir nicht zufrieden sein", so Theo Mettenborg auf NW-Anfrage.

"Selbstverständlich, dass wir unseren Beitrag leisten"

Für die CDU ist es "eine humanitäre Selbstverständlichkeit, dass auch wir unseren Beitrag dazu leisten, schutzbedürftige Flüchtlinge, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, aufzunehmen und ihnen Fürsorge zu gewähren", so die Resolution. Die wird im Stadtrat beraten. Das Gremium tagt am Montag, 25. April, ab 17 Uhr im Rathaus Rheda.

Die Zuweisungen in NRW seien sehr unterschiedlich, so Alexander Siefert, finanzpolitischer Sprecher der CDU. Berechnet nach dem Königsberger Schlüssel hätten kreisfreie Städte im Ruhrgebiet zwischen 70 und 90 Prozent Asylsuchende aufgenommen, "in Rheda-Wiedenbrück haben wir eine Quote von 114 Prozent". Geld erhalte die Stadt vom Land aber nur für 90 Prozent, so Siefert. "Dieses große Ungleichgewicht muss abgestellt werden."

Auf den kommunalen Haushalt heruntergerechnet ergebe sich ein Bedarf von 4,5 Millionen Euro für die Flüchtlingsthematik - berechnet nach der derzeitigen Annahme der Verwaltung, dass bis Jahresende 2.000 Flüchtlinge in Rheda-Wiedenbrück leben. Auch wenn seit Januar mit insgesamt 91 Menschen weniger in die Stadt gekommen seien und sich die Kosen darum verringerten, "bleibt ein beträchtlicher Teil bei uns hängen". Dieses Geld fehle für andere Zwecke in der Stadt. "Das ist ungerecht", so Siefert.

Anders als Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg verteile NRW die Finanzmittel des Bundes für Unterkünfte und Versorgung nicht nach den tatsächlichen Flüchtlingszahlen. Das soll sich ändern, fordert die Resolution. Die Initiative, diese an die Landesregierung zu richten, kam aus der CDU-Fraktion. Bei der Formulierung haben sich die Politiker an Resolutionen anderer Kommunen orientiert. "Eine wichtige Anlaufstelle für Informationen war der CDU-Landtagsabgeordnete André Kuper", so Siefert.

Die Kosten für die inzwischen aufgelöste Notunterkunft hat das Land über die Bezirksregierung erstattet beziehungsweise eine "bindende Zusage erteilt", so Pressesprecher Martin Polklas. Er sagte, dass die Stadt pauschal 880 Euro pro Flüchtling und Monat erhalte. Anfang April lebten 548 Asylsuchende in Rheda-Wiedenbrück. "Die derzeitige Erstattung des Landes deckt unsere Kosten nicht", so Mettenborg, warum auch kommunale Spitzenverbände auf Nachbesserung drängten.

© 2016 Neue Westfälische  
07 - Gütersloh, Samstag 16. April 2016